

Wirtschaft



Whistleblower
Bradley Birkenfeld sagt heute in Paris gegen die UBS aus. 12

Der Druck steigt

Banken überwälzen immer mehr Negativzinsen auf Grossanleger wie Pensionskassen und Krankenkassen. Die Nationalbank lehnt das Einrichten zinsloser Giro-Konten ab.

Andreas Valda

Die Krankenkassen haben ein Problem mit dem Negativzins der Nationalbank (SNB). Die Concordia etwa, eine Kasse mit 700 000 Versicherten, erhält Anfang jedes Monats rund 200 Millionen Franken Prämien. Mit diesem Geld bezahlt sie wöchentlich medizinische Leistungen von rund 50 Millionen Franken. Während dieser Zeit liegen im Schnitt 100 Millionen auf dem Konto. Belasten die Banken der Concordia den von der SNB verfügbaren Negativzins von 0,75 Prozent, würde dies die Krankenkasse jährlich 750 000 Franken kosten. Noch ist es nicht soweit: «Aber die Freibeträge der Banken sinken von Woche zu Woche», sagt Christoph Braschler, Finanzchef der Concordia. Auch die Krankenkasse Assura mit monatlichen Prämieeinnahmen von 170 Millionen bestätigt, die Lage werde «je länger desto heikler».

Die Groupe Mutuel mit 1,1 Millionen Versicherten setzt monatlich rund 360 Millionen Franken Prämieengelder um. Für 280 Millionen hat ihr die Bank vorläufig eine Freigrenze zugesichert, darüber muss sie Negativzinsen zahlen. «Aktuell ungelöst ist, wie wir 120 Millionen Franken für den Risikoausgleich unter Krankenkassen anlegen sollen, ohne dafür Negativzinsen zahlen zu müssen», sagt Sprecher Yves Seydoux. Dasselbe gilt für die Assura, die gar 570 Millionen Franken Risikoausgleich parkieren muss.

Groupe Mutuel hat abgeklärt, welche Banken ihr für diese Gelder Negativzinsen belasten würden: Die St. Galler und Zürcher Kantonalbank geben den Negativzins vollständig weiter. Die CS und UBS belasten ab einer Limite von 10 Millionen Franken, die anderen Kantonalbanken vorerst nichts. «Sollte der Negativzins die Grundversicherung belasten, wären Krankenkassen im kommenden Jahr gezwungen, dies in die Prämienrechnung einfließen zu lassen», sagt Seydoux.

Einige der Banken bestätigen, dass die Krankenkassen ab einer gewissen Höhe des Kontostands Zinsen belasten, so die CS, die UBS, die Berner Kantonalbank sowie die ZKB. Die St. Galler KB schreibt: «Bei institutionellen Grossan-



Geld auf einer Bank zu lagern, ist für institutionelle Anleger teuer. Foto: Keystone

legern, mit denen wir keine Geschäftsbeziehung pflegen, würden wir für das zeitweilige Parkieren grosser Geldsummen Negativzinsen verlangen». Das gleiche sagt die Waadtländer Kantonalbank. Keine Bank nennt eine konkrete Zahl: «Sonst würden wir einen Ansturm für neues Geld erleiden», sagt ein Banksprecher. Ein anderer sagt: «Gewisse Banken schaffen eine Dynamik, die die Freibeträge beschleunigt sinken lässt».

Unschärfe SNB-Kriterien

Der Dachverband Santésuisse hat die SNB deshalb aufgefordert, den Krankenkassen ein unverzinstes Giro-Konto zur Verfügung zu stellen, so wie es AHV-Fonds, die Pensionskasse Publica und Versicherung SUVA nutzen. Letztere zwei sind, obwohl staatsnahe Betriebe, auch auf dem freien Markt tätig. Die SNB sagt auf Anfrage, die gegenwärtige Be-

freiung von den Negativzinsen betreffe «nur den Bund, bundesnahe Betriebe und inländische Behörden». Sie weist auf ihr Merkblatt für den bargeldlosen Zahlungsverkehr.

Neben den Krankenkassen sind auch Pensionskassen von den Negativzinsen betroffen. Sie bezahlen schon heute einen unbekannt hohen Betrag, Tendenz steigend. «Die Freibeträge der Banken für flüssige Mittel sinken laufend», bestätigt Lukas Riesen von PPCmetrics, der grössten Pensionskassenberatungsfirma der Schweiz. Eine mittelgrosse Pensionskasse mit einem Sparvermögen von 2 Milliarden Franken hält im Schnitt 40 bis 60 Millionen Franken liquide. Gilt der Negativzins langfristig, verliert sie pro Jahr 3 bis 4 Millionen Franken Sparvermögen.

Rechnet man diesen Verlust auf das Vermögen der 2. Säule hoch, werden

den BVG-Versicherten bis Ende Jahr geschätzte 120 bis 180 Millionen Franken allein wegen der von der SNB verfügbaren Negativzinsen entgehen. Dieser Verlust entspricht fast der Hälfte der gesetzlichen BVG-Mindestverzinsung.

Negativzinsen als Rentenklau

CVP-Fraktionschef Filippo Lombardi sagt, es dürfe nicht sein, dass dieses Zwangssparen durch die von der SNB eingeführten Negativzinsen zum Teil rückgängig gemacht wird. «Durch die Einführung der Negativzinsen entsteht eine Art Rentenklau.» Die Einführung von Negativzinsen sei dafür gedacht, um Frankenanlagen für ausländische Anleger und Währungsspekulanten unattraktiv zu gestalten. Nun zeige sich, dass auch Schweizer Sozialwerke belastet werden. «Inländische Pensionskassen sind sicher nicht die Spekulanten, die die Frankenstärke herbeiführen.»

Die Pensionskassenverband Asip hat deshalb bereits vor drei Wochen bei der SNB die Eröffnung von nullverzinsten Girokonten für Pensionskassen gefordert. Am Montag erhielt er eine Absage. «Der ASIP bedauert diesen Entscheid ausserordentlich», erklärt Verbandsdirektor und Rechtsanwalt Hanspeter Konrad. Er hält den Argumenten der SNB Folgendes dagegen: «Sämtliche Vorsorgeeinrichtungen gelten unseres Erachtens als «andere Inhaber von Girokonten in Schweizerfranken» gemäss Merkblatt der SNB, auf deren Guthaben in der Regel kein Negativzins erhoben wird.» Das Merkblatt schliesst in der Tat nicht aus, dass Krankenkassen und Pensionskassen ein zinsloses Giro-Konto führen können.

Wie reagieren die Kassen? Laut dem Währungsspezialisten Wolfram Klingler von der Firma XTP investieren Pensionskassen ihre liquiden Mittel in kurzfristige Anlagen, die noch nicht in den negativen Bereich abgerutscht sind. Damit gehen sie aber höhere Risiken ein. «Entweder sie haben einen sicheren Verlust oder ein noch höheres Verlustrisiko. Das ist eine Wahl zwischen Pest und Cholera».

Schweizerische Nationalbank Bargeldbezug limitieren?

Die Nationalbank behält sich vor, den Bezug von Bargeld zu begrenzen oder zu belasten.

Andreas Valda

Institutionelle Anleger kündeten in den ersten Wochen nach Einführung der Negativzinsen durch die Nationalbank an, sie würden das Horten von Bargeld erwägen, um diesen Zinsen zu entgehen. Doch keine Schweizer Pensionskasse hat dies gemäss Kennern bisher getan. Dennoch kann man davon ausgehen, dass private Investoren im Stillen nach Lösungen suchen. Vor allem Kunden von in der Schweiz tätigen Auslandsbanken und Privatbanken haben den Negativzins voll zu spüren bekommen. Der Hintergrund: Je weniger Kredite eine Bank

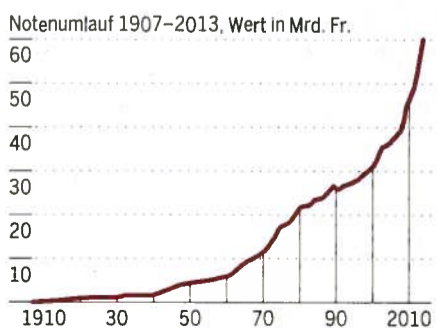
vergift, desto tiefer der von der SNB zugestandene Freibetrag.

Dem «Bund» liegen nun die übereinstimmenden Aussagen der Chefs zweier systemrelevanter Banken vor, wonach «Überlegungen bestehen, wie der Bargeldbezug eingeschränkt werden könnte». Die letzten Zahlen der Nationalbank per Ende Dezember - neuere liegen nicht vor - zeigen, dass die Bargeldmenge weiter zunimmt.

Zur Diskussion stehen laut dem Bankkader «entweder eine Gebühr auf den Bezug von Bargeld oder eine Einschränkung des Bargeldbezugs». Die SNB nahm dazu keine Stellung. Sie definierte aber auf Nachfrage die ihr zustehenden Mittel: «Die Nationalbank hat sich gemäss Gesetz bei der Ausgabe von Banknoten nach den Bedürfnissen des Zahlungsverkehrs zu richten; sie kann dafür Vor-

schriften über die Art und Weise, Ort und Zeit von Notenbezügen erlassen», sagt Sprecher Walter Meier. Bis anhin habe sie

In der Schweiz ist immer mehr Bargeld im Umlauf



TA-Grafik mruw/Quelle: Schweizerische Nationalbank

keine entsprechenden Vorschriften erlassen, sie könnte dies aber «jederzeit» tun. «Diese würden gegenüber Bargeldbezüglern bei der SNB gelten, also typischerweise Banken und sogenannte Bargeld-Verarbeiter», so die SNB.

UBS-Chefökonom Kalt sagt, dass die Einführung solcher Restriktionen eine «schwerwiegende Massnahme» wäre. Der emeritierte Bankenprofessor Hans Geiger ist der Ansicht, die SNB habe keine Kompetenz, den Bargeldverkehr einzuschränken. Bargeld sei im Zahlungsgesetz als «Zahlungsmittel» definiert. Geld habe aber daneben zwei weitere Funktionen: Wertaufbewahrung und Wertmassstab. «Könnte die SNB unter dem Aspekt der Wertaufbewahrung die Bargeldverwendung einschränken oder belasten, würde sie damit auch die Zahlungsmittelfunktion zerstören.»

Kurz

Energie Ikea Lyssach verkauft n Solarstromanlagen

In der Filiale Spreitenbach läuft der Verkauf bereits, nun steigt auch Lyssach ins Solarstromgeschäft. Dem kommenden Dienstag können Solaranlagen gekauft werden. werden sie von professionell nehmen. Eine Anlage, we Stromverbrauch einer durch Schweizer Familie deckt laut einer Medienmitteilung Lieferung und Montage 15 755 In den meisten Fällen ist kein willigung nötig. Die schwarzschieber-Solarmodule werden nergy Solar in Deutschland h Das Unternehmen bietet eine l garantie für 25 Jahre. (-/l-)

Banken

Cembra Money Bank holt frühere Überwachung

Die Cembra Money Bank nominierter der letztjährigen Rüge der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (EFMA) Monica Mächler die ehemalige Präsidentin dieser Behörde für in den Verwaltungsrat. Mächler umfassende Erfahrung in Regulierung und Governance mit die auf Konsumkredite und Finanzierung spezialisiert. Mächler ist bereits Verwaltung Deutschen Börse und der Zuri

Ölförderung

Transocean macht Milliardenverlust

Transocean versucht den Neutextanisch-schweizerische Ölboiler zu leisten, der sich kürzlich von chef Steven Newman getrennt hat zum Jahresende weitere Wertungen in Milliardenhöhe. Gesamtverlust 2014 beläuft sich Milliarden Dollar. Das hart vor Ölpreise getriebene Unternehmen nun in der Bilanz keine imm Vermögenposten (Goodwill) hat. Das Ergebnis fiel aber weniger aus als erwartet. Unter Ausklarer hohen Sonderbelastung tierte ein Reingewinn von 1,8 Mrd. Der Umsatz betrug 9,2 Milliarden

Internet

Google bündelt sein europäisches Geschäft

Google legt sein Geschäft in Europa in einer zentralen Einheit zusammen. Manager Matt Brittin, der bisher Nord- und Westeuropa zuständig war, nun für ganz Europa, den Osten und Afrika verantwortlich. gebündelte Struktur werde es (lauben, besser auf örtliche Bedürfnisse und Möglichkeiten zu reagieren. Brittin der «Financial Times».

Schuldenkrise

Griechen bringen ihr Geld zurück auf die Bank

Nach der Einigung zwischen Griechenland und der Eurogruppe über die Verlängerung des Hilfsprogramms offenbar das Vertrauen der griechischen Bürger in das Finanzsystem wieder zurück. Sie bringen ihr Geld zur Bank. Allein am Dienstag Einigung erzielt wurde, seien 7 Milliarden Euro bei den griechischen eingezahlt worden, sagte Minister Giannis Varoufakis. (f)

